

Protokoll

des Einwohnerrats Zofingen

Amtsperiode 2022–2025

1. Sitzung 2025

Datum	Montag, 17. März 2025
Zeit	18.00 – 21.48 Uhr
Ort	Stadtsaal
Vorsitz	Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident
Protokollführer	Patrick Siegrist, Einwohnerratssekretär
Anwesend	40 Mitglieder des Einwohnerrats Affentranger Thomas (Grüne), Einwohnerrat ^{5, 6} Anderegg Simon (SP), Einwohnerrat Böni Rainer Dr. (FDP/ZM), Einwohnerrat Burkard Karin (Grüne), Einwohnerrätin Fumagalli Carla (glp), Einwohnerrätin ⁶ Gaberthüel Adrian (FDP/ZM), Einwohnerrat Gassner Rahel (SVP), Einwohnerrätin Graf Michèle (EVP- <u>Die Mitte</u>), Einwohnerrätin Grossenbacher Fabian (SVP), Einwohnerrat ³ Gygax Attila (glp), Einwohnerrat Hoffmann Lena (Grüne), Einwohnerrätin ⁴ Hostettler Matthias (Grüne), Einwohnerrat ¹ Hottiger Tobias Dr. (FDP/ZM), Einwohnerrat Kast Jürg (Grüne), Einwohnerrat Keller Thomas (FDP/ZM), Einwohnerrat Kirchhofer André Dr. (FDP/ZM), Einwohnerrat ⁵ Koechlin Ronni (FDP/ <u>ZM</u>), Einwohnerrat Kremer Franziska (SP), Einwohnerrätin ⁶ Lehmann Yvonne (SP), Einwohnerrätin Lerch Raphael (SVP), Einwohnerrat ⁵ McNaught Salome (SP), Einwohnerrätin ^{3, 4} Müller Maik (FDP/ <u>ZM</u>), Einwohnerrat ^{4, 6} Nadler Daniela (SVP), Einwohnerrätin ⁵ Negri Marco (SVP), Einwohnerrat ⁶ Plüss Andrea Dr. (EVP- <u>Die Mitte</u>), Einwohnerrätin Scheidegger Elisa (SP), Einwohnerrätin

Schifferle Zeno (EVP-Die Mitte), Einwohnerrat
Schindler René (SVP), Einwohnerrat
Schnider Christian (glp), Einwohnerrat
Schürch Claudia (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin^{5, 6}
Senn Ammann Yolanda (Farbtupfer), Einwohnerrätin
Sjöberg Anders Dr. (glp), Einwohnerrat⁵
Sommer Alice (Grüne), Einwohnerrätin
Sommer Hans Rudolf (SP), Einwohnerrat⁵
Szedlák Stéphanie (EVP-Die Mitte)
Wacker Michael (SP), Einwohnerrat⁵
Willisegger Barbara (SVP), Einwohnerrätin
Wyss Flavio (FDP/ZM), Einwohnerrat²
Zinniker Béatrice (FDP/ZM), Einwohnerrätin⁵
Zobrist Luc (FDP/ZM), Einwohnerrat

Entschuldigt

-

Legende

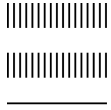
¹Präsident
²Vizepräsident
³Stimmzähler/in Büro ER
⁴Stimmzähler/in Wahlbüro
⁵Mitglied FGPK
⁶Fraktionspräsident/in

Verteiler

Mitglieder des Einwohnerrats
Mitglieder des Stadtrats

Publiziert am 28.04.2025 auf www.zofingen.ch.

Traktanden	Seite
1. Inpflichtnahmen von Rahel Gassner (SVP), Simon Anderegg (SP), Rainer Böni (FDP) und Jürg Kast (Grüne) als Mitglieder des Einwohnerrats	4
2. Mitteilungen	5
3. Wahlen	6
ER.2025.001 Ersatzwahl des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin des Einwohnerrats für den Rest der laufenden Amtsperiode 2024-2025 (§ 16 Abs. 1 GO)	
ER.2025.002 Ersatzwahl eines Stimmzählers/einer Stimmzählerin des Einwohnerrats für den Rest der laufenden Amtsperiode 2024-2025 (§ 16 Abs. 1 GO)	
4. Einbürgerungen ER.2025.003-ER.2025.006	8
5. ER.2025.009 Einwohnerdienste – Verpflichtungskredit Ersatzbeschaffung Software	10
6. ER.2025.008 Pfistergasse – Verpflichtungskredit für Sanierung und Erneuerung	13
7. ER.2025.009 Bahnhof/Florastrasse – Verpflichtungskredit für Erneuerung Zweiradinfrastruktur	23
8. ER.2024.040 Interpellation von Matthias Hostettler (Grüne) vom 25. November 2024 betreffend "Verkehrssicherheit und Verhalten von Armeefahrzeugen im Schulumfeld Rosen- gartenstrasse"; Beantwortung Stadtrat	31
9. Umfrage	33



Traktandum 1 – Inpflichtnahmen

Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident

Der Einwohnerratspräsident begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Sitzung.

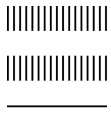
Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Es stehen die Inpflichtnahmen von Simon Anderegg (SP), Rainer Böni (FDP), Rahel Gassner (SVP) und Jürg Kast (Grüne) als Mitglieder des Einwohnerrats an. Der Präsident begrüsst die neuen Personen im Rat.

Sie werden aufgefordert, vor den Stadtrat zu treten. Die Gelübdeformel wird durch den Einwohnerratssekretär vorgelesen. Die Anwesenden werden gebeten, dazu aufzustehen.

Gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats werden die anwesenden neuen Mitglieder des Einwohnerrats vom Vorsitzenden mit folgendem Gelübde, welches vom Einwohnerratssekretär verlesen wird, in Pflicht genommen: "Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln."

Das Amtsgelübde wird von Simon Anderegg (SP), Rainer Böni (FDP), Rahel Gassner (SVP) und Jürg Kast (Grüne) durch Nachsprechen der Worte "Ich gelobe es" geleistet. Sie sind damit in Pflicht genommen und können ihre Tätigkeit aufnehmen.



Traktandum 2 – Mitteilungen

Der Rat ist mit **40 Mitgliedern vollzählig anwesend und verhandlungsfähig.**

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 25. November 2024** wurde am 23. Dezember 2024 verschickt. Innerhalb der jeweiligen 10-tägigen Frist sind keine Änderungsbegehren eingegangen. Somit gilt das Protokoll als genehmigt.

Tischaufgaben

- Wahlzettel Ersatzwahl Vizepräsidium Einwohnerrat
- Wahlzettel Ersatzwahl Stimmzähler/in Einwohnerrat
- Zwei Flyer des Kunsthauses Zofingen

Es wird der Rücktritt von Einwohnerrätin Lena Hoffmann auf Ende dieser Sitzung bekannt gegeben. Die Verabschiedung findet am Schluss der Sitzung statt.

In diesem Zusammenhang wird ein neues Mitglied für das Wahlbüro der Stadt Zofingen gesucht. Interessierte Mitglieder des Einwohnerrats können sich bei den Fraktionspräsidien melden.

Neue Fraktionspräsidenten sind Marco Negri bei der SVP und Thomas Affentranger bei den Grünen.

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Interpellation von Michael Wacker (SP) vom 17. März 2025 betreffend "Finanzielle Auswirkungen des ersten Umsetzungspakets der Steuergesetzrevision und der Abschaffung des Eigenmietwerts auf die Gemeinde Zofingen"
- Interpellation von Michael Wacker (SP) vom 17. März 2025 betreffend "Strompreise in Zusammenhang mit der Einspeisevergütung der StWZ"

Traktandum 3 – Wahlen

ER.2025.001

Ersatzwahl des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin des Einwohnerrats für den Rest der laufenden Amtsperiode 2024-2025 (§ 16 Abs. 1 GO)

ER.2025.002

Ersatzwahl eines Stimmzählers/einer Stimmzählerin des Einwohnerrats für den Rest der laufenden Amtsperiode 2024-2025 (§ 16 Abs. 1 GO)

Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident

Daniel Gygax (FDP), Vizepräsident Einwohnerrat, und Markus Gfeller (SVP), Stimmzähler Einwohnerrat, sind per 31. Dezember 2024 aus dem Einwohnerrat ausgeschieden. Entsprechend sind für die beiden Funktionen Ersatzwahlen durchzuführen.

Der Verteilschlüssel wurde anfangs Amtsperiode festgelegt. Somit ist der Anspruch der FDP/ZM-Fraktion auf das Vizepräsidium respektive der SVP-Fraktion für die Ersatzwahl eines Stimmzählers/einer Stimmzählerin gegeben.

Eintreten ist nicht bestritten.

Für das Wahlbüro schlägt das Büro des Einwohnerrats folgende Personen vor:

- Salome McNaught, Stimmzählerin Einwohnerrat
- Stéphanie Szedlák, Einwohnerrätin
- Esther Burkhard, Mitarbeiterin Stadtkanzlei
- Tom Eichenberger, Stadtweibel

Von Seiten Einwohnerrat gibt es keinen Einwand zur Zusammensetzung des Wahlbüros. Somit gilt das Wahlbüro als gewählt.

Als **Vizepräsident des Einwohnerrats** ist nominiert: Flavio Wyss (FDP/ZM)

André Kirchhofer, Fraktionsvotum (FDP/ZM)

In einem kurzen Votum wird Flavio Wyss dem Rat vorgestellt und von der Fraktion vorbehaltlos zur Wahl als Vizepräsident des Einwohnerrats empfohlen.

Als **Stimmzähler des Einwohnerrats** ist nominiert: Fabian Grossenbacher (SVP)

Marco Negri, Fraktionsvotum (SVP)

Die Fraktion schlägt dem Rat Fabian Grossenbacher zur Wahl als Stimmzähler des Einwohnerrats vor.

Nachdem das Wort nicht mehr verlangt wird, werden die Wahlzettel ausgefüllt und anschliessend eingezogen.

Hinweis zur Protokollführung

Während der Auszählung geht die Sitzung weiter. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll das Resultat gleich bei der Wahl.

Ergebnis der Ersatzwahl des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin des Einwohnerrats

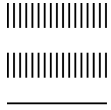
Zahl der Mitglieder des Einwohnerrats:	40	
Zahl der Anwesenden:	40	
Eingegangene Wahlzettel:	40	
Abzüglich leerer Wahlzettel:	1	
Abzüglich ungültiger Wahlzettel:	0	
In Betracht fallende Wahlzettel:	39	
Absolutes Mehr:	20	
Stimmen haben erhalten:		
Flavio Wyss (FDP/ZM), neu:	39	Gewählt
Vereinzelte:	0	

Der Gewählte erklärt mündlich Annahme der Wahl.

Ergebnis der Ersatzwahl des Stimmenzählers/der Stimmenzählerin des Einwohnerrats

Zahl der Mitglieder des Einwohnerrats:	40	
Zahl der Anwesenden:	40	
Eingegangene Wahlzettel:	40	
Abzüglich leerer Wahlzettel:	2	
Abzüglich ungültiger Wahlzettel:	0	
In Betracht fallende Wahlzettel:	38	
Absolutes Mehr:	20	
Stimmen haben erhalten:		
Fabian Grossenbacher (SVP), neu:	37	Gewählt
Vereinzelte:	1	

Der Gewählte erklärt mündlich Annahme der Wahl.



Traktandum 4 – Einbürgerungen

ER.2025.003–006

Eintreten ist nicht bestritten.

Raphael Lerch, Referent FGPK

Die Einbürgerungskommission hat alle Gesuche geprüft und für in Ordnung befunden. Die Kommission empfiehlt dem Wohnerrat, allen Kandidierenden das Gemeindebürgerrecht von Zofingen zuzusichern.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmungen

Einbürgerungsgesuch ER.2025.003

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Einbürgerungsgesuch ER.2025.004

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Einbürgerungsgesuch ER.2025.005

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Einbürgerungsgesuch ER.2025.006

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Die Einbürgerungen erfolgen mit Vorbehalt der Zustimmung des Grossen Rats des Kantons Aargau.

90 Tage nach der Sitzung werden die veröffentlichten Personendaten der gesuchstellenden Personen entfernt (§ 5 KBüV)

Platzhalterseite

Traktandum 5

ER.2025.009

Einwohnerdienste – Verpflichtungskredit Ersatzbeschaffung Software

Eintreten ist nicht bestritten.

Anders Sjöberg, Referent FGPK

Der Stadtrat beantragt die Anschaffung neuer Software für das Einwohnerregister der Abteilung Einwohnerdienste. Die aktuelle Software, vor fünf Jahren eingeführt, erwies sich als Fehlinvestition. Nach dem Ausfall des ursprünglichen Lieferanten im Jahr 2020 wurde versucht, eine einheitliche Basissoftware für verschiedene Abteilungen zu etablieren. Heute nutzen die Abteilungen Einwohnerdienste, Finanzen und Personal jedoch unterschiedliche Module desselben Anbieters. Dieser konnte den versprochenen Support und die Weiterentwicklung der Software nicht gewährleisten, was sich nach der Fusion des Unternehmens verschlimmerte. Gespräche mit den neuen Anbietern brachten keine Verbesserung, und die Schnittstellen zwischen dem Einwohnerregister und anderen Abteilungen sowie dem Kanton funktionieren unzureichend.

Das Einwohnerregister ist eine zentrale Datenbank mit Schnittstellen zu Fachapplikationen in den Bereichen Finanzen, Soziales und Geschäftsverwaltung. Funktionsstörungen führen zu doppelt erfassten Daten und erhöhen den Arbeitsaufwand erheblich. Ein Datenschutzaudit ergab zudem, dass persönliche Benutzer erforderlich sind, um die Nachverfolgbarkeit zu gewährleisten, was beim aktuellen Anbieter höhere Lizenzgebühren verursachen würde.

Nach einer umfassenden Evaluation und Beratung durch externe Experten wurde die Software "innosolcity" ausgewählt, die bereits von Luzern und anderen Gemeinden verwendet wird. Der Anbieter der Software ist innovativ und entwickelt das Programm kontinuierlich weiter, wodurch eine langfristige Nutzung erwartet wird. Der Wechsel verursacht jährliche Mehrkosten, steigert jedoch die Effizienz der Abläufe. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 224'264 Franken für einen Zeitraum von vier Jahren, zuzüglich interner Kosten von 25'000 Franken für Projekttag. Die laufenden Wartungskosten werden im Jahresbudget berücksichtigt.

Die FGPK unterstützt den Wechsel und empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, den Antrag des Stadtrats anzunehmen.

Anders Sjöberg, Fraktionsvotum (glp)

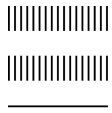
Die GLP-Fraktion folgt der Argumentation des Stadtrats und wird den Antrag annehmen.

Luc Zobrist, Fraktionsvotum (FDP/ZM)

Die FDP/ZM-Fraktion unterstützt die Vorlage einstimmig und betrachtet den beantragten Verpflichtungskredit als unbestritten und notwendig. Besonders wichtig ist für die Fraktion, dass die Verwaltung effizient und zeitgemäss arbeiten kann.

Gleichzeitig wurden in der ersten Fraktionssitzung zwei Kritikpunkte diskutiert. Erstens wurde die fehlende Einbindung der städtischen IT-Abteilung in das Submissionsverfahren hinterfragt, da eine solche Abteilung genau für solche Aufgaben existieren sollte. Zweitens wurde die Beauftragung einer externen Beratungsfirma kritisiert, da ähnliche Unterstützung auch intern durch die IT-Abteilung hätte erfolgen können.

Trotz dieser Kritikpunkte steht die Fraktion geschlossen hinter der Vorlage und wird dem Vorstoss klar zustimmen.



Zeno Schifferle, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Um gut und effizient zu arbeiten, braucht man gutes Werkzeug. Die Fraktion EVP-Die Mitte steht vorbehaltlos hinter der Beschaffung der neuen Software und wird dem Antrag zustimmen.

Barbara Willisegger, Fraktionsvotum (SVP)

Die SVP stimmt dem Verpflichtungskredit zu. Die Notwendigkeit ist unbestritten. Es ist bedauerlich, dass die bestehende Software nach 5 Jahren ersetzt werden muss. Eine damalige gründliche Evaluation hätte Kosten und Aufwand erspart. Man hofft, dass die neue Software länger den Ansprüchen gerecht wird.

Karin Burkard, Fraktionsvotum (Grüne)

Die Fraktion der Grünen unterstützt den beantragten Verpflichtungskredit einstimmig und hält die Notwendigkeit eines Softwarewechsels für unbestritten. Reibungslose Abläufe in den Einwohnerdiensten werden als zentral angesehen, sowohl im Hinblick auf die Zufriedenheit der Mitarbeitenden als auch der Einwohner, die auf diese Dienste angewiesen sind.

Der Datenschutz wurde als entscheidender Aspekt hervorgehoben, da es wichtig ist, nachvollziehen zu können, wer auf welche Dossiers zugreift und wie Daten fließen. Die eingeschränkte Fähigkeit des aktuellen Anbieters, die Software weiterzuentwickeln, wurde als Sackgasse beschrieben.

Die Fraktion bedauerte, dass 2020 möglicherweise eine Fehlentscheidung getroffen wurde, erkannte jedoch an, dass die technologische Entwicklung innerhalb von fünf Jahren bedeutende Fortschritte gemacht hat. Die anstehenden Kosten wurden als nachvollziehbar bewertet, und die Fraktion befürwortete die Vorlage, um zukunftsfähige Lösungen zu schaffen.

Hans Rudolf Sommer, Fraktionsvotum (SP)

Die SP-Fraktion hat ihre Zustimmung zur Vorlage klar signalisiert. Für die SP ist es von grosser Bedeutung, dass die Verwaltung Werkzeuge erhält, die effiziente Arbeitsabläufe ermöglichen und gleichzeitig der Bevölkerung einen klaren Mehrwert bieten, insbesondere mit höchster Datensicherheit.

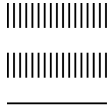
Die Kritik der FDP-Fraktion wurde von der SP angesprochen. Dabei wurde hervorgehoben, dass der Stadtrat aus der letzten Beschaffung gelernt habe, indem externe Fachleute hinzugezogen wurden. Angesichts der vielen Stolpersteine im Submissionswesen, wie potenziellen Rekursen und anderen Schwierigkeiten, sei dieser Schritt sinnvoll, um Fehlgriffe zu vermeiden.

Die Firma OBT und ihr Produkt wurden von der SP positiv bewertet. Die breite Aufstellung und der gute Ruf des Unternehmens schaffen Vertrauen in eine zufriedenstellende Lösung für die städtischen Einwohnerdienste. Abschliessend dankte die Fraktion für die Unterstützung der Vorlage.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Die Bedeutung der Software des Einwohnerdienstes wurde erneut betont, da sie als zentrale Lösung mit Schnittstellen zu anderen Bereichen eine essenzielle Rolle spielt. Ein Wechsel wird als dringend notwendig angesehen, um effiziente Arbeitsabläufe und zufriedenstellende Arbeitsergebnisse sicherzustellen.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre wurden berücksichtigt, und es wurde darauf geachtet, das komplexe Verfahren sauber und korrekt durchzuführen. Besondere Aufmerksamkeit wurde den juristischen Abklärungen gewidmet, um alle Anforderungen zu erfüllen. Bezüglich der fehlenden Beteiligung der IT-Abteilung wurde erklärt, dass die laufende Umsetzung der IT-Strategie sowie begrenzte Ressourcen eine umfassende Begleitung des Verfahrens nicht ermöglichten.



Rückblickend wurde die vor fünf Jahren getroffene Entscheidung als damals richtig angesehen, obwohl sich der Verlauf später als problematisch erwies. Insbesondere die Qualität des Supports nahm ab, und Anliegen wurden nicht mehr berücksichtigt, was den Wechsel nun unabdingbar macht. Es wurde abschliessend betont, dass dieser Schritt sowohl vom Team des Einwohnerdienstes als auch von allen Mitarbeitenden sehr geschätzt wird. Die Unterstützung der Vorlage wird als wichtiger Beitrag zur Optimierung der Arbeitsprozesse angesehen.

Detailberatung

Raphael Lerch, Einwohnerrat

Zu Kostenübersicht Pt. 4: Die Stadtpräsidentin hat erklärt, dass die IT-Abteilung in Zofingen stark ausgelastet ist und dass es sinnvoll war, externe Fachleute hinzuzuziehen. Für die Umsetzung des Projekts sind jedoch 25'000 Franken für interne Mitarbeitende vorgesehen. Besteht dafür ausreichend Kapazität, oder riskieren wir, erneut in Engpässe zu geraten?

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Der geplante Betrag von 25'000 Franken wird gezielt für die Schulung der Anwenderinnen und Anwender sowie für eine ordnungsgemässe Datenübernahme eingesetzt. Dies stellt sicher, dass die Mitarbeitenden mit der neuen Software effizient arbeiten können und ein reibungsloser Übergang gewährleistet wird. Die eingeplanten Mittel sind also klar darauf ausgerichtet, diese zentralen Aspekte des Softwarewechsels zu unterstützen.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Für die Ersatzbeschaffung der Software der Einwohnerdienste sei ein Verpflichtungskredit von CHF 210'000 inkl. MwSt. zu bewilligen.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 6

ER.2025.008

Pfistergasse – Verpflichtungskredit für Sanierung und Erneuerung

Eintreten wird bestritten.

Maik Müller, Einwohnerrat

Das Geschäft wurde bereits vor rund einem Jahr beraten und anschliessend abgelehnt. Nun wird das Geschäft mit minimalen Änderungen vom Stadtrat erneut vorgelegt. Es stellt sich die Frage, wie der Stadtrat die demokratischen Entscheide respektiert. Dieses Vorgehen ist fragwürdig und eine Zwängerei. Der Einwohnerrat soll sich mit neuen und konstruktiven Vorlagen und Lösungen beschäftigen, die tragfähig sind, und nicht mit leicht angepassten Vorlagen, die abgelehnt worden sind. Die Entscheide des Einwohnerrats sind vom Stadtrat zu respektieren. Deshalb wird der Antrag auf Nichteintreten gestellt.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Bei der ursprünglichen Vorlage gab es zwei Anträge des Stadtrats zu behandeln. Dem Antrag für die Entwässerung wurde zugestimmt, der Antrag für die Pflasterung wurde abgelehnt. Von einer Zwängerei kann nicht die Rede sein. Einerseits ist der Stadtrat der damaligen Argumentation des Einwohnerrats gefolgt und andererseits muss er der Entscheid zur Entwässerung umsetzen. Damals wurde ein Nettokredit von CHF 575'000 beantragt. Nun liegt ein Bruttokredit von CHF 578'000 vor; abzüglich des Beitrages der StWZ von CHF 160'000 entspricht dies einem Nettobetrag von CHF 418'000. Das sind CHF 157'000 weniger als in der ersten Vorlage und entspricht betragsmässig dem damals gestellten und zurückgezogenen Kürzungsantrag der FDP über CHF 150'000. Die FDP macht sich mit ihrem Antrag auf Nichteintreten unglaublich und sollte eigentlich mit dem vorliegenden Antrag des Stadtrats zufrieden sein. Stattdessen will sie Diskussionsverweigerung. Der Antrag der FDP auf Nichteintreten sei abzulehnen.

Es wird der Antrag gestellt, dass die Abstimmung über den Antrag der FDP auf Nichteintreten unter Namensaufruf erfolgt.

René Schindler, Einwohnerrat

Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der FDP zu 200 %. Der Antrag wurde vor dreiviertel Jahren abgelehnt und soll nicht wieder als Geschäft behandelt werden.

Carla Fumagalli, Einwohnerrätin

An der ersten Vorlage gab es diverse inhaltliche Kritik. Es ging um Abwägung bezüglich des Nutzens und verschiedener Interessen. Kritik dient der Optimierung und soll umgesetzt zu werden. Es liegt ein anderes und überarbeitetes Geschäft vor. Der Stadtrat hat formal korrekt gehandelt. Die Diskussion über den Inhalt des Geschäfts soll höher gewichtet werden als eine Erziehung des Stadtrats.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

Der Antrag der FDP wird nicht verstanden und soll abgelehnt werden. Der Stadtrat ist dem damaligen Votum der FDP gefolgt und unterbreitet nun eine Vorlage mit einer entsprechenden Kostenreduktion. Dass das Geschäft wieder vorliegt, ist also keine Zwängerei. Die Strasse muss aufgerissen werden und es gibt keinen besseren Zeitpunkt, diese nun behinderten gerecht zu machen.



Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Im Unterschied zur nächsten Vorlage "Florastrasse", wo das Geschäft mit einem Auftrag zur Überarbeitung an den Stadtrat zurückgewiesen worden ist, wurde der Antrag beim vorliegenden Geschäft "Pfistergasse" abgelehnt. Dieses Geschäft war somit erledigt. Selbstverständlich liegt es in der Kompetenz des Stadtrats, dieses Geschäft dem Einwohnerrat nochmals zu unterbreiten. Ob dies opportun ist, dazu gibt es verschiedene Meinungen. Damit die Zusammenarbeit zwischen Parlament und Stadtrat funktioniert, sollte man bei den Spielregeln bleiben.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Bei der Kritik, dass der Stadtrat diese Vorlage nochmals unterbreitet, wird übersehen, dass die Probleme bei der Pfistergasse nicht verschwunden sind. Der Stadtrat hält deshalb an seinem Antrag fest. Die Einsparung von rund CHF 160'000 ist nicht minimal. Dem Antrag der FDP soll nicht zugestimmt werden.

Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident

Der Antrag auf Namensaufruf wird vorgezogen.

Antrag von Michael Wacker (SP) auf Abstimmung unter Namensaufruf

Die Abstimmung über Nichteintreten auf das Geschäft ER.2025.008 sei unter Namensaufruf durchzuführen.

Abstimmung

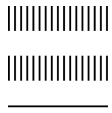
Der Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf wird mit 27:4 (ja/nein) Stimmen angenommen.

Antrag von Maik Müller (FDP) auf Nichteintreten

Auf das Geschäft ER.2025.008 sei nicht einzutreten.

Abstimmung unter Namensaufruf

Name	Vorname	Partei	Ja	Nein	Enthaltung
Affentranger	Thomas	Grüne		X	
Anderegg	Simon	SP		X	
Böni	Rainer	FDP	X		
Burkard	Karin	Grüne		X	
Fumagalli	Carla	glp		X	
Gaberthüel	Adrian	FDP	X		
Gassner	Rahel	SVP	X		
Graf	Michèle	Die Mitte	X		



Name	Vorname	Partei	Ja	Nein	Enthaltung
Grossenbacher	Fabian	SVP	X		
Gygax	Attila	glp	X		
Hoffmann	Lena	Grüne		X	
Hostettler	Matthias	Grüne		X	
Hottiger	Tobias	FDP	X		
Kast	Jürg	Grüne		X	
Keller	Thomas	FDP	X		
Kirchhofer	André	FDP	X		
Koechlin	Ronni	Zofige macht's	X		
Kremer	Franziska	SP		X	
Lehmann	Yvonne	SP		X	
Lerch	Raphael	SVP	X		
McNaught	Salome	SP		X	
Müller	Maik	Zofige macht's	X		
Nadler	Daniela	SVP	X		
Negri	Marco	SVP	X		
Plüss	Andrea	EVP		X	
Scheidegger	Elisa	SP		X	
Schifferle	Zeno	Die Mitte	X		
Schindler	René	SVP	X		
Schnider	Christian	glp		X	
Schürch	Claudia	EVP		X	
Senn Ammann	Jolanda	Farbtupfer		X	
Sjöberg	Anders	glp		X	
Sommer	Alice	Grüne		X	
Sommer	Hans Rudolf	SP		X	
Szedlák	Stéphanie	Die Mitte		X	

Name	Vorname	Partei	Ja	Nein	Enthaltung
Wacker	Michael	SP		X	
Willisegger	Barbara	SVP	X		
Wyss	Flavio	FDP	X		
Zinniker	Béatrice	FDP	X		
Zobrist	Luc	FDP	X		

Der Antrag auf Nichteintreten wird mit 20:20 (ja/nein) Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

Claudia Schürch, Referentin FGPK

Auch in der zweiten Auflage hat die Vorlage zur Pfistergasse zu kontroversen Diskussionen in der FGPK geführt. Dass die beiden Vorlagen nicht gleich berechnet worden sind, erschwert den Vergleich, was wirklich eingespart worden ist. Dies wird kritisiert. Inhaltlich ist bekannt, um was es geht. Es war schliesslich eine Meinungsfrage, ob so viel Geld in eine Pflasterung investiert werden soll oder nicht. Eine behindert gerechte Pflasterung in Form eines Mittelstreifens sei ein guter Mittelweg – fanden die einen -, immer noch viel zu teuer und unpraktikabel in der Mitte, fanden die anderen Mitglieder der FGPK. Entsprechend knapp wurde die Vorlage in der FGPK mit 5:4 abgelehnt.

René Schindler, Fraktionsvotum (SVP)

Die Sanierung der Werkleitungen Strom-Wasser-Fernwärme ist unbestritten. Die SVP-Fraktion lehnt jedoch die erneute Vorlage zur Pflasterung und behindertengerechten Gestaltung der Pfistergasse ab, da der Einwohnerrat das Projekt bereits abgelehnt hat. Stattdessen wird vorgeschlagen, Unebenheiten durch vorhandene Pflastersteine zu beheben und regelmässige Unterhaltsarbeiten wie Einsanden durchzuführen, um Lärm und Stolperfallen zu minimieren. Die geplante Entsiegelung des Schiffländerplatzes mit einer Mergelschicht wird kritisch gesehen, da sie keine signifikante Verbesserung bringt. Die Kostenbeteiligung der StWZ ist von ursprünglich CHF 320'000 Franken auf CHF 160'000 gesunken, was Fragen zur Planung aufwirft. Die SVP fordert, Steuergelder nur für notwendige Projekte einzusetzen und hofft auf Unterstützung im Einwohnerrat.

Carla Fumagalli, Fraktionsvotum (glp)

Die GLP-Fraktion kritisiert die frühere Vorlage zur Pflasterung der Altstadt wegen fehlender Variantaufstellungen und mangelnder Kosten-Nutzen-Abwägung, wobei oft von "Luxusvarianten" die Rede war. Die aktuelle Vorlage bietet eine günstigere, pragmatischere Lösung, deren Mehrwert durch eine Evaluation von Procap bestätigt wurde. Die Kosten für die Stadt bleiben bestehen, wurden aber reduziert. Die Entsiegelung im Bereich Schifflande wird als positiver Aspekt hervorgehoben. Die GLP stimmt der Vorlage zu und hofft, dass künftige Projekte ausgewogener und mit einem ganzheitlichen Konzept gestaltet werden.

Andrea Plüss, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Das Postulat "Begehbare Altstadt für alle" forderte ein Konzept und Kostenneutralität. Der Strassenverlauf mit Wackeln auf den Seiten sieht zwar schön aus, drängt jedoch Fussgänger in die Strassenmitte. Besonders die Wackeln an den Schiffländern, die die gesamte Strassenbreite einnehmen, sind problematisch und sollen entfernt werden. Die aktuelle Vorlage bietet eine pragmatische Lösung,

auch wenn das Gesamtkonzept nicht vollständig überzeugt. Dennoch stimmt die Fraktion EVP-Die Mitte teilweise zu, da die Wackeln an den Schiffländern beseitigt werden.

Elisa Scheidegger, Fraktionsvotum (SP)

Die Fraktion SP unterstützt die Vorlage zur Sanierung der Pfistergasse, die eine neue Pflasterung unter Berücksichtigung des Behinderten-Gleichstellungsgesetzes vorsieht. Ein barrierefreier Zugang, wie in der Ringmauergasse, ist notwendig. Die Entsiegelung und Aufwertung der Schiffländer verbessern das Stadtbild und lädt zum Verweilen ein. Ein Ablehnen der Vorlage würde ein negatives Zeichen gegen eine Altstadt für alle setzen. Die Sanierung der Wasserleitung ist unumgänglich, und die Gasse ohne Belagserneuerung zu schliessen, wäre nicht zukunftstauglich. Die Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Alice Sommer, Fraktionsvotum (Grüne)

Die Grüne Fraktion stimmt dem stadträtlichen Antrag einstimmig zu und betont die Wichtigkeit der Erfüllung des Behinderten-Gleichstellungsgesetzes, das seit 21 Jahren in Kraft ist. Anpassungen des Strassenraums sind notwendig, da auch Menschen mit Beeinträchtigungen Steuern zahlen und das Recht haben, sich frei zu bewegen. Diskussionen über zu hohe Kosten werden als menschenverachtend bezeichnet. Der Antrag soll dazu beitragen, Zofingen zu einer Stadt für alle zu machen. Die Fraktion appelliert an den gesunden Menschenverstand und die Verantwortung, gemäss Verfassungen und Gesetzen zu handeln.

Béatrice Zinniker, Fraktionsvotum (FDP/ZM)

Die Fraktion FDP/ZM lehnt die Vorlage ab, da die Pfistergasse weder stark frequentiert noch prioritär ist. Es gibt dort keine öffentlichen Gebäude oder Ladengeschäfte. Das Konzept mit einem Mittelstreifen wird kritisch gesehen, da es die schwächsten Verkehrsteilnehmer in die Strassenmitte drängt, wo Autos und Velos überholen könnten. Die Pfistergasse hat eine feine, relativ gut begehbare Oberfläche, die durch Sanden und Ausbessern erhalten werden kann. Angesichts knapper Ressourcen fordert die Fraktion, sich auf wichtige Verkehrsachsen und Aufenthaltsplätze in der Altstadt zu konzentrieren, um möglichst vielen Menschen zu nutzen. Die Vorlage wird daher abgelehnt.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Die Herausforderungen der Barrierefreiheit und Zugänglichkeit in der Pfistergasse bestehen weiterhin und die Sanierung der Werkleitungen sind noch dringender geworden. Ein erneuter Wasserleitungsbruch zeigt die Notwendigkeit, die Gasse nachhaltig zu verbessern. Die StWZ muss die Leitungen ohnehin erneuern, und wir haben die Chance, diese Sanierungen sinnvoll zu gestalten.

Das Konzept "Begehbare Altstadt für alle" bietet eine sichere und attraktive Lösung, die nicht nur Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, sondern allen Zofingerinnen und Zofingern zugutekommt. Positive Erfahrungen aus anderen Gemeinden zeigen, dass solche Investitionen langfristig lohnend sind. Der geplante Belag erfüllt die Anforderungen der Behindertengerechtigkeit und ist sicherer als herkömmliche Pflasterungen.

Die Kosten sind gerechtfertigt, da hochwertige und barrierefreie Lösungen langfristig günstiger sind als ständige Reparaturen. Eine moderne Stadtplanung bedeutet Weiterentwicklung und Verantwortung. Der Kredit soll bewilligt werden, um die Pfistergasse zukunftsweisend und barrierefrei zu gestalten.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

Welche Strasse wichtiger ist, möchte ich nicht beurteilen. Die Pfistergasse ist jedoch bedeutend und stark frequentiert, auch von Gehbehinderten, Leuten mit Kinderwagen und Fussgängern. Es soll

die Gelegenheit genutzt werden, eine behindertengerechte Gestaltung der Altstadtstrassen durchzuziehen und diesem Antrag zuzustimmen.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Die Pfistergasse ist eine Gemeindestrasse, die vor 54 Jahren zuletzt saniert wurde. Nun besteht die Gelegenheit, sie umfassend zu erneuern, da Gesetze, Normen und das Verkehrsregime sich geändert haben. Es wäre klug, diese Chance zu nutzen, um die Strasse modern zu sanieren, statt sie nur auszubessern.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Eine Grundsatzbemerkung aus demokratiepolitischer Sicht: Politik ist ein Abwägen von Positionen und Prioritäten, geprägt von subjektiven Meinungen. Es gibt kein absolut Richtig oder Falsch, sondern unterschiedliche Ansichten. Beispiele wie die Autobahnabstimmung oder Kreditbegehren zeigen, dass Entscheidungen nicht falsch, sondern Ausdruck verschiedener Prioritäten sind. Moralische Bewertungen wie "menschenverachtend" sind problematisch und demokratiepolitisch fragwürdig. Meinungen sollten respektiert werden, auch wenn sie nicht geteilt werden. Verurteilungen dieser Art lehne ich ab und plädiere für mehr Toleranz gegenüber unterschiedlichen Ansichten.

Claudia Schürch, Einwohnerrätin

Die Diskussion ist zu persönlich und angriffig, dabei sollte sie sich an Gesetzen und Verordnungen orientieren. Im Artikel 12 Absatz 1 steht, dass keine Massnahmen umgesetzt werden müssen, die mehr als 20 % Mehrkosten verursachen. Die Vorlage liegt in diesem Rahmen und berücksichtigt schlecht begehbbare Bereiche wie die Schiffflände. Künftige Sanierungen sollten sich ebenfalls am Gesetz und den 20 % orientieren. Zudem muss ein Konzept nicht zwingend umgesetzt werden, sondern zeigt Optionen auf. Es ist wichtig, dass Entscheidungen auf sachlicher Grundlage getroffen werden.

Raphael Lerch, Einwohnerrat

Die Kritik an der Diskussion ist, dass sie zu persönlich und angriffig geführt wird. Die Altstadt ist trotz Herausforderungen wie Baustellen und unebenen Wegen für viele Menschen, auch mit Behinderungen, zugänglich. Es wird angeregt, bei Veranstaltungen und Ausstellungen mehr Barrierefreiheit zu schaffen, ohne direkt grosse Summen zu investieren. Zudem wird kritisiert, dass das Behindertengesetz erst jetzt stark befürwortet wird, obwohl Fristen für Umbauten längst verstrichen sind. Politische Diskussionen sollten sachlicher und weniger abwertend geführt werden.

Michèle Graf, Einwohnerrätin

Die Diskussion um die Sanierung der Pfistergasse zeigt Handlungsbedarf, jedoch auch Unbehagen und Vertrauensprobleme gegenüber dem Stadtrat. Besonders die Umsetzung von Projekten mit hohen Mehrkosten und widersprüchlichen Aussagen des Stadtrats sorgen für Kritik. Es wird gefordert, dass der Stadtrat das Unbehagen ernst nimmt und Lösungen erarbeitet, die die Bevölkerung nicht vor den Kopf stossen.

Franziska Kremer, Einwohnerrätin

Die Diskussion sollte nicht unnötig verlängert werden. Es geht darum, für die Bevölkerung einzustehen und Barrieren in der Altstadt, etwa für Gehbehinderte, Eltern mit Kinderwagen oder Rollstuhlfahrer, abzubauen. Die Priorität sollte bei den Menschen von Zofingen liegen, nicht bei finanziellen Einsparungen. Entscheidungen sollten mit bestem Wissen und Gewissen getroffen werden, auch im Hinblick auf persönliche Betroffenheit.

Andrea Plüss, Einwohnerrätin

Der Budgetkredit beträgt CHF 578'000, wobei CHF 160'000 Franken von der StWZ übernommen werden. Damit bleiben CHF 418'000, die von der Stadt bezahlt werden müssen. Wenn die Stadt nur Beiträge zur Neupflasterung leisten würde, wären die Kosten etwa CHF 250'000. Die Differenz von CHF 168'000 betragen demnach die begehbare Schiffplände, flache Steine und die Gassenaufwertung. Wurde korrekt gerechnet?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Das sollte richtig gerechnet sein.

Raphael Lerch, Einwohnerrat

Die Beitragskosten der Stadt für die Leitungsreparatur der StWZ betragen über CHF 235'000 Franken. Doch wie dieser Betrag zustande kommt, bleibt unklar. In der Vorlage wird auf eine Vereinbarung über Werkbauten im öffentlichen Raum verwiesen. Doch das Dokument fehlt in der FGPK und im Einwohnerrat. Es entsteht der Eindruck, dass Beträge willkürlich festgelegt werden. Künftige Projekte wie Thut-Platz, Rathausgasse und Engulgasse werfen die Frage nach Finanzierung und möglichen Steuererhöhungen auf. Es wird kritisch hinterfragt, ob jene, die diese Vorlagen unterstützen, auch zu Steuererhöhungen stehen werden, wenn alle Gassen saniert werden sollen. Transparenz bei der Kostenberechnung und klare Dokumentationen werden gefordert.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

Die Diskussion dreht sich um CHF 170'000 Franken Mehrkosten, um die Strassen behindertengerecht zu gestalten. Ich bitte alle, die noch unsicher sind, dem Geschäft zuzustimmen. Vorhin wurde im ersten Geschäft einstimmig mehr Geld für einen Fehler ausgegeben, ohne Diskussion. Jetzt geht es um eine sinnvolle Investition.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Die Vereinbarung über Werkbauten im öffentlichen Raum zwischen der Stadt Zofingen und der StWZ regelt den Kostenteiler für Strassensanierungen. Grundsätzlich zahlt die Stadt umso mehr, je älter und schlechter die Strasse ist. Für die Pfistergasse, eine Strasse aus dem Jahr 1971, liegt der Beitrag der Stadt bei etwa 250'000 Franken, im Optimalfall. Überraschungen bei Altstadtprojekten können jedoch zu Abweichungen führen. Die exakte Summe ist daher schwer vorherzusagen, könnte etwas über oder unter den 250'000 Franken liegen.

Raphael Lerch, Einwohnerrat

Robert Weishaupt hat die Kostenverteilung gut erklärt, aber ich fordere, dies schriftlich festzuhalten. Es sollte nachvollziehbar gemacht werden, wie das Alter und der Zustand der Gasse den Kostenschlüssel beeinflussen, und wie viel die Stadt zahlen muss. Solche Informationen müssen transparent sein, sonst bleibt der Eindruck eines "Sacks ohne Boden". Da viele weitere Gassen wie diese folgen werden, ist es wichtig, die Berechnungen klar dokumentiert zu haben, damit sie für jedes künftige Projekt verständlich und überprüfbar sind. Das sollte kein Problem sein.

Detailberatung

Maik Müller, Einwohnerrat

Die Fraktion FDP/ZM lehnt den Antrag weiterhin ab und stelle einen Antrag auf geheime Abstimmung. Mit einem Ordnungsantrag auf geheime Stimmabgabe soll den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten ermöglicht werden, ihre Meinung frei zu äussern, ohne unter den Druck der Fraktion

oder den Gästen. Zudem sollen die Ratsmitglieder vor gehässigsten Leserbriefen im "Zofinger Tagblatt" geschützt werden.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Er widerspricht und betont, dass die Sitzungen des Einwohnerrats öffentlich sind. Zwar sei ein Antrag auf geheime Abstimmung möglich, doch angesichts der anwesenden Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne sollte jeder den Mut haben, offen zu seiner Entscheidung zu stehen. Daher stellt er den Antrag, die Abstimmung per Namensaufruf durchzuführen.

Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident

Die beiden Ordnungsanträge werden einander gegenübergestellt.

Pause

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Er erkundigt sich, wie das Reglement des Einwohnerrats in Bezug auf Ordnungsanträge umgesetzt wird. Gemäss Reglement sei über einen Ordnungsantrag sofort abzustimmen, bevor ein weiterer gestellt werden könne. Er fragt, ob es dennoch möglich sei, zwei verschiedene Ordnungsanträge gegeneinander abzuwägen und wie dies gehandhabt wird, da ihm dies unklar ist.

Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident

Das Ratsbüro ist sich einig, dass bei der Regelung kein Vorteil für diejenigen entstehen soll, die ihren Antrag schneller einbringen. Stattdessen soll über die vorgeschlagene Handhabung abgestimmt werden, um sicherzustellen, dass sie den Sinn der Sache erfüllt. Es wird vorgeschlagen, die beiden Ordnungsanträge einander gegenüber zu stellen, um zu klären, ob die Abstimmung geheim oder per Namensaufruf erfolgen soll.

Eventualabstimmungen

Der Antrag auf geheime Abstimmung wird dem Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf gegenübergestellt:

Antrag geheime Abstimmung: 17 Stimmen vs. Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf :21 Stimmen

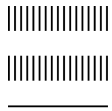
Der Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf obsiegt und kommt zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Die Abstimmung über den Antrag des Stadtrats zum Geschäft ER.2025.008 sei unter Namensaufruf durchzuführen.

Dem Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf wird mit 17:1 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.



Abstimmung unter Namensaufruf

Für die Sanierung und Aufwertung der Pfistergasse Süd sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 578'000 inkl. Mehrwertsteuer, abzüglich Beiträge Dritter, zuzüglich allfälliger Bauteuerung (Kostenstand Januar 2024), zu bewilligen.

Name	Vorname	Partei	Ja	Nein	Enthaltung
Affentranger	Thomas	Grüne	X		
Anderegg	Simon	SP	X		
Böni	Rainer	FDP		X	
Burkard	Karin	Grüne	X		
Fumagalli	Carla	glp	X		
Gaberthüel	Adrian	FDP		X	
Gassner	Rahel	SVP		X	
Graf	Michèle	Die Mitte		X	
Grossenbacher	Fabian	SVP		X	
Gygax	Attila	glp			X
Hoffmann	Lena	Grüne	X		
Hostettler	Matthias	Grüne	X		
Hottiger	Tobias	FDP		X	
Kast	Jürg	Grüne	X		
Keller	Thomas	FDP		X	
Kirchhofer	André	FDP		X	
Koechlin	Ronni	Zofige macht's		X	
Kremer	Franziska	SP	X		
Lehmann	Yvonne	SP	X		
Lerch	Raphael	SVP		X	
McNaught	Salome	SP	X		
Müller	Maik	Zofige macht's		X	
Nadler	Daniela	SVP		X	
Negri	Marco	SVP		X	

Name	Vorname	Partei	Ja	Nein	Enthaltung
Plüss	Andrea	EVP	X		
Scheidegger	Elisa	SP	X		
Schifferle	Zeno	Die Mitte		X	
Schindler	René	SVP		X	
Schnider	Christian	glp	X		
Schürch	Claudia	EVP	X		
Senn Ammann	Jolanda	Farbtupfer	X		
Sjöberg	Anders	glp	X		
Sommer	Alice	Grüne	X		
Sommer	Hans Rudolf	SP	X		
Szedlák	Stéphanie	Die Mitte	X		
Wacker	Michael	SP	X		
Willisegger	Barbara	SVP		X	
Wyss	Flavio	FDP		X	
Zinniker	Béatrice	FDP		X	
Zobrist	Luc	FDP		X	

Der Antrag des Stadtrats wird mit 20:19 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Traktandum 7

ER.2024.028.2

Bahnhof/Florastrasse – Verpflichtungskredit für Erneuerung Zweiradinfrastruktur

Eintreten ist nicht bestritten.

Raphael Lerch, Referent FGPK

Die FGPK war überrascht, dass das Geschäft nach nur fünf Monaten erneut auf der Traktandenliste erschien, debattierte jedoch ausführlich darüber. Die Wichtigkeit des Projekts für Stadtrat Robert Weisshaupt zeigte sich an der Anwesenheit vom Chefbeamten Werner Ryter, der bei der ersten Vorstellung nicht dabei war. FGPK-Präsident André Kirchhofer forderte klare Stellungnahmen. Das Projekt wurde von einigen Personen als ineffizient und zeitlich unkritisch abgelehnt. Andere Mitglieder der FGPK bewerteten die Vorlage jedoch positiv, insbesondere das Gesamtkonzept, und stellten einen Zusammenhang mit dem ESP16 (Entwicklungsschwerpunkt Zofingen, Oftringen, Strengelbach) her, bei dem der Kanton Aargau das Industriegebiet Zofingen aufgenommen hat.

Es wurde argumentiert, dass eine Ablehnung der Florastrasse das Ansehen der Gemeinde beschädigen könnte. Man versuchte einen Zusammenhang mit den Veloabstellplätzen an der Florastrasse zum ESP16 herzustellen, umso Druck aufzubauen. Allerdings kann dies für den Kanton nicht so wichtig sein, ist doch in seiner Medienmitteilung vom 10. Dezember 2024 keine Erwähnung der Veloparkplätze im Zusammenhang mit ESP16 zu lesen. Weitere Diskussionen behandelten mögliche Auswirkungen auf SBB-Investitionen im Bahnhof Zofingen. Werner Ryter stellte klar, dass ein Nein weder die Investitionen noch den Halbstundentakt Luzern–Bern beeinflusst.

Hauptargument gegen das Projekt waren die hohen Kosten. Es blieb unklar, wie teuer einzelne Veloparkplätze tatsächlich sind, da die Angaben in verschiedenen Dokumenten widersprüchlich waren. Die FGPK sprach sich schliesslich mit 6:3 Stimmen klar gegen das Projekt aus, vor allem aus finanziellen Gründen.

Raphael Lerch, Fraktionsvotum (SVP)

Die SVP-Fraktion zeigt sich überrascht, dass das Geschäft nach nur fünf Monaten erneut traktandiert wurde. Der Zustand der Immobilie an der Florastrasse wird als katastrophal und für die Stadt Zofingen unwürdig beschrieben. Laut einer Medienmitteilung der Stadt vom 18. Februar 2025 ist das Objekt dunkel, ungepflegt und abweisend, wobei es einen zunehmenden Bedarf an Veloabstellplätzen in der Region gibt.

Die Reinigung der Liegenschaft erfolgt laut Stadtrat Robert Weisshaupt regelmässig, tatsächlich jedoch nur einmal jährlich, was den unbefriedigenden Zustand erklärt. Vor Ort fallen defekte Beleuchtungskörper, mangelnde Sauberkeit und verwahrloste Velos auf. Die Fraktion kritisiert insbesondere die geringe Pflege und schlägt Massnahmen vor, um die Situation zu verbessern: helles Licht innen und aussen, Bewegungsmelder sowie eine helle Farbe, die Graffiti abdeckt und den Raum freundlicher macht. Zusätzlich soll das Gitter, das den Raum teilt, entfernt werden, um Platz zu schaffen und die Fläche besser zu nutzen.

Die geschätzten Kosten für die Verbesserungen belaufen sich auf 50'000 Franken inklusive Mehrwertsteuer und sind durch Offerten belegt. Die Fraktion betont, dass keine Steuergelder des Bundes oder Kantons benötigt werden. Sie weist jedoch darauf hin, dass nachhaltige Verbesserungen nur mit einer regelmässigen Pflege gewährleistet werden können.

Abschliessend lehnt die SVP-Fraktion die Ablehnung des Geschäfts ab und kündigt einen Antrag an.

Christian Schnider, Fraktionsvotum (glp)

Die ursprüngliche Vorlage wurde im Einwohnerrat letzten Oktober mit 34 zu 2 Stimmen zurückgewiesen. Laut Stadtrat wies die Vorlage damals erhebliche Mängel auf, wie unklare Informationen zum Kantonsbeitrag, hohe Kosten, fehlende geprüfte Alternativen und mangelnde Einbettung in einen grösseren Kontext. In der überarbeiteten Vorlage seien diese Punkte nun geklärt, insbesondere die Kostenaufteilung und der Gesamtkontext. Die GLP-Fraktion erkennt den Sanierungsbedarf des vernachlässigten Velokellers sowie den steigenden Bedarf an benutzerfreundlichen Veloabstellplätzen grundsätzlich an.

Kritisiert wird jedoch, dass das Bauvorhaben weitgehend unverändert erneut vorgelegt wird, obwohl die hohen Kosten pro neu geschaffenem Veloabstellplatz bereits im letzten Jahr ein zentrales Problem darstellten. Konkret schaffen die geplanten Massnahmen netto 42 neue Abstellplätze, verursachen jedoch Mehrkosten von 400'000 Franken – was nahezu 10'000 Franken pro Platz entspricht. Ein Vergleich mit Leitfäden anderer Kantone oder ProVelo Schweiz zeigt, dass die üblichen Kosten für gedeckte Veloabstellplätze bei 1'000 bis 2'000 Franken liegen, was die aktuellen Pläne als deutlich überteuert erscheinen lässt.

Die Fraktion diskutierte intensiv über die redimensionierte Variante in der Vorlage. Allerdings konnten die geschätzten Kosten von 236'000 Franken und der Verlust von 73 Abstellplätzen gegenüber der Variante mit Bodenabsenkung nicht nachvollzogen werden. Nach eigenen Messungen vor Ort stellt die GLP jedoch die Annahme in Frage, dass ein einstöckiges, modernes Veloparkiersystem nur 77 Plätze bieten könne. Eine Anpassung der bestehenden Ständer auf normierte Abstände könnte mindestens 120 Plätze ermöglichen. Die Fraktion ist der Ansicht, dass mit 150'000 Franken eine effiziente Sanierung und Modernisierung durchführbar wäre.

Im Gegensatz zur SVP betont die GLP, dass nicht nur Licht und Anstrich ausreichen, sondern moderne Systeme erforderlich sind, die den Anforderungen moderner Velos gerecht werden. Dazu schlägt die Fraktion einstöckige Systeme im Velokeller und Doppelstockparkiersysteme unter dem Vordach vor, um die Effizienz zu maximieren. Daher beantragt die GLP, den Verpflichtungskredit auf 150'000 Franken zu reduzieren.

Thomas Affentranger, Fraktionsvotum (Grüne)

Die Fraktion der Grünen hat den Rückweisungsantrag im letzten Jahr unterstützt und sehen viele der damaligen Vorbehalte inzwischen als plausibel und transparent geklärt. Der Werdegang wurde nachvollziehbar dargelegt, Optionen aufgezeigt, die Kostenverteilung und Verbindlichkeit sind klar. Die hohen Kosten bleiben zwar ein Diskussionsthema, was auf den Umbau eines Bestandsbaus statt eines Neubaus zurückzuführen ist. Doch hebt die Fraktion hervor, dass die Nähe zur Gleisanlage sowie die zentrale Lage im Entwicklungsgebiet West die Investitionen rechtfertigen. Zudem werde die Kapazität um ein Drittel gesteigert.

Die Fraktion betont, dass Bund und Kanton das Vorhaben als förderwürdig eingestuft und erhebliche finanzielle Mittel bereitgestellt haben. Die Gelder stammen aus zweckgebundenen Erträgen wie dem Agglomerationsfonds und seien keine Steuergelder. Für die Fraktion überwiegt das Risiko, bei Ablehnung mehr Geld auszugeben, ohne am Ende die gewünschte Kapazitätserweiterung, Sicherheitsmassnahmen oder Benutzerfreundlichkeit zu erreichen.

Die Grünen sehen das Projekt als zukunftsweisend für die Stadt Zofingen, um nachhaltig zu wachsen und Mobilitätsdreh scheiben zu stärken. Eine zukunftsfähige Infrastruktur sei dafür essenziell, und die Förderung des Langsamverkehrs stelle einen ersten wichtigen Schritt dar. Die Fraktion spricht sich klar für die Vorlage des Stadtrats aus.

Michèle Graf, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Die Fraktion EVP-Die Mitte hält die Velostation an der Florastrasse für überdimensioniert. Obwohl Beiträge von Bund und Kanton die städtischen Kosten reduzieren, wird das Kosten-Nutzen-Verhältnis für die Steuerzahler dennoch als ungenügend bewertet. Die Argumente des Stadtrats, ein neuer Velokeller könne neue Firmen anziehen oder sei notwendig, weil Velofahrende ihre Velos möglichst nah bei den Geleisen abstellen möchten, werden von der Fraktion nicht akzeptiert. Zudem bietet der kürzlich errichtete Velokeller am Bahnhof noch ausreichende Kapazitäten. Aus ihrer Sicht ist es für Velobesitzende, die ihr Fahrzeug schätzen, sinnvoller, die Unterführung zu nutzen und das Velo im modernen Velokeller abzustellen. Daher spricht sich die Fraktion mehrheitlich gegen das Geschäft aus.

Adrian Gaberthüel, Fraktionsvotum (FDP/ZM)

Auch in der FDP/ZM-Fraktion war das Projekt Velostation Florastrasse umstritten. Nach der Rückweisung im vergangenen Herbst wurde die Vorlage zwar verbessert zurückgebracht, sodass Kosten und Finanzierungsquellen transparenter dargestellt wurden. Die Gesamtsituation der Veloparkplätze sowie eine Alternativvariante des Stadtrats wurden ebenfalls aufgezeigt, was die Situation erleichterte. Dennoch steht die Fraktion grundsätzlich kritisch gegenüber hohen Ausgaben, unabhängig von ihrem Zweck. Es wurde diskutiert, ob die Veloparkplätze an diesem Ort wirklich notwendig seien und ob eine bodennahe oder aufwertende Lösung mittel- und langfristig sinnvoller wäre. Aufgrund der Bedeutung dieses Standorts als Verkehrsdrehscheibe, bestätigt durch die Beiträge von Bund und Kanton, stimmte letztlich eine knappe Mehrheit der Fraktion der Vorlage zu.

Salome McNaught, Fraktionsvotum (SP)

Die SP-Fraktion hatte die Vorlage zur Velostation Florastrasse im Oktober des vergangenen Jahres zurückgewiesen. Die bereits erläuterten Gründe müssen nicht erneut ausgeführt werden. Im Gegensatz zur SVP ist die SP jedoch erfreut über die zügige Rückkehr der überarbeiteten Vorlage, die nach ihren Forderungen angepasst wurde, sodass das wichtige Projekt bis Ende 2025 realisiert werden kann und die finanziellen Beiträge des Agglomerationsfonds gesichert sind.

Die SP bedankt sich beim Stadtrat für die gelungene Überarbeitung und die rasche Wiedervorlage des Projekts, das sie nun einstimmig unterstützen wird. Gemeinsam mit der SVP teilt die SP die Einschätzung, dass der Zustand der Veloparkplätze an der Florastrasse ein Schandfleck sei und dringender Handlungsbedarf bestehe. Dabei geht es der SP nicht nur um optische Verbesserungen, sondern auch um die notwendige funktionale Aufwertung im Kontext der geplanten Entwicklung der Westseite des Bahnhofs. Hier sollen neuer Wohnraum, zusätzliche Büroräume und der Ausbau des Martinswegs als wichtige Verbindung zwischen Bahnhof und Gewerbezone entstehen.

Zahlreiche Unternehmen in Zofingen, wie die Delta Zofingen AG und das Spital, stellen ihren Mitarbeitenden bereits heute Velos zur Verfügung, um die Strecke zwischen Bahnhof und Arbeitsort zurückzulegen. Diesen Bedarf möchte die SP-Fraktion aktiv unterstützen. Für die Attraktivität als Wirtschafts-, Arbeits- und Wohnstandort sei es entscheidend, dass ausreichend qualitativ hochwertige Veloparkplätze an strategisch sinnvollen Orten bereitgestellt werden. Während auf der Ostseite mit dem neuen Velokeller bereits Fortschritte erzielt wurden, sieht die SP in der Westseite Handlungsbedarf, den die aktuelle Vorlage adressiert.

Das vorliegende Projekt wird als zukunftsgerichtet und gut ausgearbeitet bewertet. Die Zusage von Beiträgen des Kantons und des Agglomerationsfonds unterstreicht für die SP-Fraktion die Tragfähigkeit der Vorlage. Daher befürwortet sie das Projekt nicht aus Sorge um den Verlust finanzieller Unterstützung, sondern aus Überzeugung, dass es die richtige Entscheidung ist.

Andreas Rügger, Vizestadtpräsident

Das Projekt der Velostation an der Florastrasse hat eine längere Vorgeschichte, die bis ins Jahr 2011 zurückreicht. Damals plante der Stadtrat 100 zusätzliche Veloparkplätze unter roten Dächern. Die Kosten beliefen sich auf 440'000 Franken, wovon 270'000 Franken von der Stadt übernommen wurden. Schon damals waren die Kosten, der Zustand der Anlage und das Fehlen eines Gesamtkonzepts strittige Punkte. Trotzdem genehmigte der Einwohnerrat das Projekt mit 26 zu 7 Stimmen. Zehn Jahre später zeigt sich, dass die Plätze unter den roten Dächern stark ausgelastet sind und auch Roller, Mofas sowie Motorräder diesen Raum nutzen. Ordnung und Sauberkeit bleiben jedoch Herausforderungen, die der Stadtrat zusammen mit der SBB anpacken möchte.

Das aktuelle Projekt wurde zwischenzeitlich verschoben, da Unsicherheiten bei den Beiträgen von Bund und Kanton bestanden und parallel andere Projekte liefen. Es berücksichtigt nun die veränderten Anforderungen, etwa durch breitere Velos, und den Bedarf, bis 2030 insgesamt 1'300 Abstellplätze zu schaffen. Zudem fallen bestehende Plätze an Gleis 1 und anderen Standorten zukünftig weg, was zusätzlichen Druck auf die Kapazitäten erzeugt.

Die Bedeutung der Veloinfrastruktur wird durch ein starkes Beschäftigungswachstum von 18 % im Perimeter der Industriezone untermauert, wo heute rund 3'500 Personen tätig sind. Viele Unternehmen in der Region fördern die Nutzung von Velos für Arbeitswege aktiv. Für diese Betriebe, die innerhalb weniger Kilometer vom Bahnhof entfernt liegen, sind ausreichend und gut gelegene Veloparkplätze entscheidend.

Die Agglomerationsbeiträge der dritten Generation in Höhe von 200'000 Franken müssen bis Ende 2025 gesichert werden, da sie sonst verfallen. Der Stadtrat weist darauf hin, dass ungenutzte Mittel in andere Regionen abfliessen würden. Auch zukünftige Projekte könnten bei Verzögerungen negativ beeinflusst werden.

Verglichen mit früheren Projekten erscheinen die Kosten angemessen. Das Vorhaben wird als zukunftsgerichtet angesehen, da es Zofingen hilft, als Wohn-, Wirtschafts- und Arbeitsstandort attraktiv zu bleiben. Der Stadtrat sieht die Umsetzung als notwendigen Schritt zur Weiterentwicklung der Region.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Am Bahnhof Zofingen besteht ein akuter Bedarf an zusätzlichen Veloabstellplätzen. Aktuell fordert die SBB, dass bis 2030 insgesamt 1'300 Plätze vorhanden sind. Das bedeutet, dass 130 neue Abstellplätze geschaffen werden müssen, da bestehende Anlagen, wie der Velokeller, nicht dazugezählt werden können. Um das Ausmass besser zu veranschaulichen: Diese 130 Plätze entsprechen ungefähr der Grösse der bestehenden Stellplätze am Gleis 1.

In einer kürzlich stattgefundenen Sitzung mit der SBB und einem Kantonsvertreter wurde erörtert, dass die SBB oft zu konservativ plant. Der Kanton Aargau schätzt den Bedarf bis 2040 auf 750 zusätzliche Abstellplätze. Der Vergleich mit dem Kanton Zürich zeigt, dass dort mit bis zu 4 Veloabstellplätzen pro 10 Reisenden kalkuliert wird. Übertragen auf Zofingen wären bei 11'000 Passagieren täglich rund 2'200 Plätze notwendig. Erschwerend kommt hinzu, dass einige bestehende provisorische Abstellplätze, etwa an der Henzmannstrasse und Gleis 1, durch Bauprojekte wegfallen werden, was den Druck auf die Kapazitäten weiter erhöht.

Der Bedarf an Veloparkplätzen spiegelt sich auch im landesweiten Trend wider: Immer mehr Menschen nutzen das Velo für den Arbeitsweg – ein Plus von 1,7 %. Doch wenn Velofahrende keinen Abstellplatz finden, parken sie ihre Velos oft an unerwünschten Stellen, was zu Unordnung führt. Gemäss einem Merkblatt, das von Experten stammt, müssen Veloabstellplätze nah an den Zugängen zu den Perrons sein, um akzeptiert und genutzt zu werden. Umwege oder längere Fusswege sind unpraktisch.

Zur Finanzierung und Umsetzung: Die Kostenkalkulation der SVP wird vom Stadtrat in Frage gestellt, welcher die 50'000 Franken als unrealistisch ansieht. Zusätzliche Herausforderungen, wie die Beseitigung von Asbest in der bestehenden Infrastruktur, erhöhen die Komplexität des Projekts. Ebenso erfordert die Planung ein durchdachtes Konzept, das die Durchlässigkeit und Rangiermöglichkeiten sicherstellt.

Die Schaffung moderner Veloabstellplätze ist ein langfristiges Projekt, das nicht nur die Bedürfnisse der Pendlerinnen und Pendler, sondern auch die Attraktivität Zofingens als Standort stärken soll. Angesichts der regionalen Unterschiede und spezifischen Herausforderungen muss das Projekt auf die lokalen Gegebenheiten angepasst werden, um eine nachhaltige Lösung zu schaffen.

Peter Siegrist, Stadtrat

Finanziell betrachtet sind die Nettokosten von ungefähr 200'000 Franken tragbar.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Aus finanzieller Sicht ist das Agglomerationsprogramm von zentraler Bedeutung. Im Jahr 2016 hat die Region Aareland 1,5 Millionen Franken beim Bund für die Sanierung eingereicht. Ein Schlüsselprojekt betrifft die Veloabstellplätze an der Florastrasse. Um doppelstöckige Parkieranlagen zu ermöglichen, soll der Boden in den gedeckten Räumen abgesenkt werden. Die heutige Raumhöhe von 2,38 Metern reicht für diese Anlagen nicht aus, da eine Mindesthöhe von 2,45 Metern notwendig ist.

Andreas Rüeegg betonte den komplexen Ablauf der Bewilligung. Nach interner Prüfung durch die Verwaltung folgen Stadtrats- und Regionalverbandsentscheidungen. Schliesslich wird das Projekt in das Agglomerationsprogramm aufgenommen, das durch Regierungsräte und das Umweltdepartement geprüft wird. Nach der Zustimmung des Bundesrates und Parlaments entsteht eine Leistungsvereinbarung, deren Einhaltung streng überwacht wird. Werden Fristen nicht eingehalten, können Gelder verfallen.

Die gesetzlichen Grundlagen umfassen das Bundesgesetz, die Verordnung über Agglomerationsgelder und die zweckgebundene Mineralölsteuer. Laut Artikel 21 der UVEK-Verordnung dienen Agglomerationsprogramme als Grundlage für die Bundes-Sachplanungen im Bereich Verkehr. Ein Nein zu einem Projekt kann sich negativ auf Bundesebene auswirken. Daher ist es essenziell, langfristig zu planen, insbesondere bei Grossprojekten wie dem Busterminal oder der Aarburgerstrasse, um zukünftige Kostensteigerungen zu vermeiden. Ein sachlicher Umgang mit den Rahmenbedingungen ist entscheidend, um regionale Interessen erfolgreich zu vertreten.

Attila Gygax, Einwohnerrat

Es wird betont, dass die Volksvertreterinnen und Volksvertreter frei sind, über ein Geschäft zu entscheiden, unabhängig davon, wie negativ ihre Meinung dazu ausfallen mag. Eine Aussage von Stadtrat Rüeegg sorgte jedoch für Diskussionen. Er erklärte, dass er früher Vorsteher des Tiefbaus war und daher teilweise in Mitverantwortung stehe. Diese Bemerkung wurde als unpassend kritisiert, da alle sieben Stadträte, die gewählt wurden, gemeinsam die Hauptverantwortung für jedes Geschäft tragen, das dem Parlament vorgelegt wird. Aussagen zur Kosteneffizienz der Vorlage wurden ausgelassen und auf das Protokoll der letzten Sitzung verwiesen.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Der Präsident der FGPK äusserte sich erneut und betonte, dass Kritik stets ausgewogen sein sollte. Er hob hervor, dass das Kommissionsgeheimnis zu wahren sei, und machte klar, dass seine persönliche Ablehnung des Projekts innerhalb der FGPK bereits offengelegt wurde. Zudem kritisierte er, dass das bisherige Ressortführungsprinzip des Stadtrates nicht mehr konsequent verfolgt werde, was angesichts der Bedeutung des aktuellen Geschäfts auffällig sei.

Inhaltlich wies er darauf hin, dass die SBB derzeit keine Forderungen stellen könne, da sie hoch verschuldet sei und bei Projekten wie dem Ausbauschnitt 2035 erhebliche Fehlkalkulationen gemacht habe. Er unterstrich, dass das städtische Parlament Finanzkompetenzen besitze und betonte, dass nationale Bahnunternehmen wie die SBB keine Vorschriften machen sollten.

Er bedankte sich bei Michael Wacker für die Erläuterung des Prozesses des Agglomerationsfonds, fügte jedoch hinzu, dass die Möglichkeit der Abstandnahme, wie im Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) beschrieben, in Betracht gezogen werden könne. Die Darstellung, dass alle eingereichten Projekte zwingend realisiert werden müssten und bei Nichtumsetzung Sanktionen folgen würden, sei nicht korrekt. Die aktuelle Situation des Agglomerationsfonds und die bevorstehende Neuüberprüfung aller Projekte durch das Bundesratsprojekt Verkehr 45 müssten berücksichtigt werden. Der Präsident sprach sich abschliessend gegen das Projekt aus und plädierte dafür, die städtische Politik in den Mittelpunkt zu stellen, ohne nationale Vorgaben unnötig zu bemühen. Gründe für die Ablehnung wurden nicht wiederholt, da diese bereits umfassend dargelegt worden waren.

Yvonne Lehmann, Einwohnerrätin

Danke an Raphael Lerch für sein überzeugendes Votum. Es wurde betont, wie wichtig die Sanierung der Velostation sei, da deren aktueller Zustand unbefriedigend und wenig repräsentativ für die Stadt Zofingen sei. Abschliessend werden die Anwesenden gebeten, dem Antrag zuzustimmen.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

Die schnelle Rückkehr eines Geschäfts zeige, dass daran gearbeitet werde, während eine längere Wartezeit von Jahren ebenfalls nicht wünschenswert sei. Zudem wird die Dringlichkeit der Parkplatzsituation auf der Industrie-Seite hervorgehoben, wo der desolate Zustand und die Entstehung vieler neuer Wohnungen eine Lösung erforderten. Das Geschäft würde die Stadt Zofingen lediglich 208'000 Franken kosten, was durch finanzielle Unterstützung erleichtert werde.

Dem Geschäft sei zuzustimmen. Die FGPK-Stellungnahme wird als zu wenig neutral kritisiert. Der ergänzende Beitrag von André Kirchhofer zur Diskussion wird verdankt.

Robert Weishaupt, Stadtrat

In der vergangenen Woche wurde in einer Diskussion mit der SBB klargestellt, dass die Projekte des Ausbauschnitts 2035 trotz höherer Kosten als angenommen weiterverfolgt werden und nicht gestoppt werden. Die Vorhaben in Zofingen befinden sich bereits in der Projektierungsphase und sollen ab 2032 realisiert werden.

Während derselben Sitzung wurde auch die Velostation an der Florastrasse angesprochen. Hierbei zeigte sich deutlich, dass deren Sanierung dringend notwendig ist, um die Attraktivität des Bahnhofs aufrechtzuerhalten. Diese Massnahme ist sowohl für Reisende, die den Bahnhof nutzen, als auch für diejenigen, die dort abfahren oder ankommen, von zentraler Bedeutung.

Mit Blick auf den ESP16 und die prognostizierten 700 zusätzlichen Arbeitsplätze ist eine Erweiterung der Kapazitäten unabdingbar. Selbst wenn nur jeder Zehnte ein Velo an der Strasse abstellt, sind grössere Planungen erforderlich. Es wurde erneut eindringlich appelliert, dem Geschäft zuzustimmen, um die Zukunftsfähigkeit des Bahnhofs und der Parkmöglichkeiten zu gewährleisten. Die Unterstützung wird als essenziell angesehen.

Stéphanie Szedlák, Einwohnerrätin

Die Meinung von Yolanda Senn Amann wurde unterstützt, da das Projekt zwar teuer sei, aber eine nachhaltige und langfristige Lösung biete, um asbesthaltige Materialien zu beseitigen. Dies würde nicht nur den jetzigen Anforderungen gerecht werden, sondern auch im Interesse zukünftiger Gene-

rationen sein. Eine Ablehnung des Projekts hätte zur Folge, dass die Finanzierung ausbliebe und zukünftigen Generationen ein asbestbelasteter Schandfleck hinterlassen würde. Aus diesem Grund wurde dazu aufgerufen, die Chance zu ergreifen und dem Projekt zuzustimmen.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Die Vorlage wird als wichtiger Bestandteil betrachtet, der weit über die Veloabstellplätze hinausgeht und zukünftige Agglomerationsprogramme einbezieht. Als Mitglied des Vorstandes des Vereins Aareland, das die AGLO-Programme integriert, wird die zentrale Bedeutung des Realisierungsgrades betont, der in der Leistungsvereinbarung festgelegt ist.

Aktuell wird an der 5. Generation des Agroprogramms gearbeitet, das 62 Gemeinden der Region umfasst, darunter Aarau, Olten und neu auch den Kanton Luzern. Mit einer Investition von 330 Millionen Franken und einer Reduktion der Unterstützung von 35 % auf 30 % könnten finanzielle Einbusen von 16,5 Millionen Franken entstehen. Es wird hervorgehoben, dass die Kombination verschiedener Verkehrsmittel, insbesondere die Anbindung an den öffentlichen Verkehr, essenziell ist, um die regionalen Verkehrsstrukturen zu stärken.

Zusätzlich wird auf das regionale Entwicklungskonzept verwiesen, das mit 16 Gemeinden erarbeitet wurde. Dieses Konzept legt grossen Wert auf die Zusammenarbeit in der Mobilität und die Verbindung von öffentlichem Verkehr und Langsamverkehr, was den Verkehrsfluss nachhaltig verbessert. Die Vorlage wird als zentrales Zeichen für die Zukunftsfähigkeit der Region angesehen. Die Unterstützung dieser Massnahme wird dringend empfohlen, um die regionalen Interessen langfristig zu sichern.

Hans Rudolf Sommer, Einwohnerrat

Thierry Burkart, Präsident der FDP Schweiz, erinnerte in einem Vortrag vor der FDP Zofingen an die Bedeutung des Langsamverkehrs und die Förderung des Velos im Mobilitätskonzept des Kantons. Er betonte, dass eine Zustimmung zur Vorlage essenziell sei, da andernfalls 1,5 Millionen Franken verloren gehen könnten. Diese Mittel würden nicht nur die Sanierung ermöglichen, sondern auch Einnahmen für Unternehmer generieren, die daran beteiligt sind. Der Keller, ursprünglich 1980 erbaut, würde durch die grosszyklische Sanierung eine langfristige Lösung bieten, die für die nächsten 45 Jahre Ruhe garantieren würde. Die Vorlage wurde als Chance hervorgehoben, die ergriffen werden sollte. Abschliessend wurde zur Zustimmung appelliert.

Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident

Es liegt ein Antrag der SVP über CHF 50'000 sowie ein Antrag der glp über CHF 150'000 vor. Sie werden vorgelesen.

Detailberatung

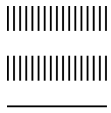
Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Eventualabstimmungen

1. Eventualabstimmung

Änderungsantrag SVP

Für die Erneuerung der Zweiradinfrastruktur an der Florastrasse sei nicht der stadträtliche Antrag, sondern ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 50'000 inkl. Mehrwertsteuer für das Streichen des Velokellers und der Ersatz der Beleuchtung zu bewilligen.



Änderungsantrag glp

Für die Erneuerung der Zweiradinfrastruktur an der Florastrasse sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 150'000 inkl. Mehrwertsteuer, zuzüglich allfälliger Teuerung (Stand Januar 2025), abzüglich Beiträge Dritter (Bund und Kanton), zu bewilligen.

Der Änderungsantrag der SVP wird dem Änderungsantrag der glp gegenübergestellt:

Änderungsantrag SVP: 15 Stimmen vs. Änderungsantrag glp: 6 Stimmen

Der Änderungsantrag der SVP obsiegt und wird dem Antrag des Stadtrats gegenübergestellt.

2. Eventualabstimmung

Antrag Stadtrat

Für die Erneuerung der Zweiradinfrastruktur an der Florastrasse sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 640'000 inkl. Mehrwertsteuer, zuzüglich allfälliger Teuerung (Stand Januar 2025), abzüglich Beiträge Dritter (Bund und Kanton), zu bewilligen.

Änderungsantrag SVP

Für die Erneuerung der Zweiradinfrastruktur an der Florastrasse sei nicht der stadträtliche Antrag, sondern ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 50'000 inkl. Mehrwertsteuer für das Streichen des Velokellers und der Ersatz der Beleuchtung zu bewilligen.

Der Antrag des Stadtrats wird dem Änderungsantrag der SVP gegenübergestellt:

Antrag Stadtrat: 22 Stimmen vs. Änderungsantrag SVP: 15 Stimmen

Der Antrag des Stadtrats obsiegt und kommt zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Für die Erneuerung der Zweiradinfrastruktur an der Florastrasse sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 640'000 inkl. Mehrwertsteuer, zuzüglich allfälliger Teuerung (Stand Januar 2025), abzüglich Beiträge Dritter (Bund und Kanton), zu bewilligen.

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 23:16 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Traktandum 8

ER.2024.040

Interpellation von Matthias Hostettler (Grüne) vom 25. November 2024 betreffend "Verkehrssicherheit und Verhalten von Armeefahrzeugen im Schulumfeld Rosengartenstrasse"; Beantwortung Stadtrat

Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident (Interpellant)

Der Interpellant nimmt die Ausführungen der Beantwortung zur Kenntnis und ist teilweise zufrieden.

Der Vorstoss ist auf www.zofingen.ch/einwohnerrat einsehbar.

Traktandum 9 – Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Beim Gemeindeschulhaus Richtung Kirchengemeindehaus stehen die neu aufgestellten Strassenlampen schief.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Der Input wird entgegengenommen.

Marco Negri, Einwohnerrat

Beim Rigiweg, Fussballspielplatz, steht seit mehr als einem Jahr ein Bauprovisorium. Wann sind die Bauarbeiten fertig, damit die Kinder wieder spielen können?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Der Bauplatz wird gebraucht, da der Rigiweg noch saniert wird. Der Abschluss sollte Ende 2026 sein.

Marco Negri, Einwohnerrat

Wie weit ist man mit der Kreditabrechnung des Neubaus Bahnhofplatz und wann liegt diese vor?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Die Abrechnung Bahnhof erfolgt über den Kanton und den Bund und sollte im Jahr 2026 vorgelegt werden können.

Hans Rudolf Sommer, Einwohnerrat

Mitte März fanden mehrere Konzerte einer Musikgruppe im Stadtsaal statt. Das Parkierungskonzept war nicht bedacht. Es herrschte ringsum Chaos. Gleichzeitig war das Bahnhofparking halbleer. Wie gedenkt der Stadtrat, hier künftig Massnahmen zu treffen?

Rahela Syed, Stadträtin

Der Sache wird nachgegangen. Massnahmen müssen ergriffen werden.

Attila Gygax, Einwohnerrat

In Brittnau wurden anlässlich der Fasnacht die Strassen mit Autos abgesperrt. In Zofingen tat man dies mit Plastikbändern. Wer ist für die Absperrmassnahmen zuständig und wer entscheidet das?

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Generell werden die Bewilligungen mit entsprechenden Auflagen durch das Stadtbüro/Stadtmarketing erteilt; dies in enger Zusammenarbeit mit den involvierten Bereichen (Polizei, Feuerwehr und Werkhof). Die Einschätzung in diesem Fall war, dass man keine weitere Terrorabspernung benötigt. Weitere Vorkehrungen können durch den Veranstalter getroffen werden.

Thomas Affentranger, Einwohnerrat

Das Parkplatzreglement hätte gemäss Stadtrat bis Ende des letztes Jahr vorgelegt sein sollen. Was ist der Stand und wie ist der Fahrplan?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Wahrscheinlich ist das Parkgebührenreglement gemeint. Es ist liegt beim Stadtrat in Beratung. Termine können zurzeit nicht genannt werden.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Teilt der Stadtrat den Eindruck, dass der Alkoholkonsum, der Drogenkonsum und die Drogenkriminalität in der Altstadt massiv zugenommen haben? Wenn ja, wann werden welche Massnahmen umgehend ergriffen?

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Liegen Hinweise vor, werden sie der Polizei weitergegeben. Diese kann Personen und entsprechende Hotspots dann vermehrt kontrollieren. Der Stadtrat teilt den Eindruck momentan nicht, dass der Konsum zugenommen hat.

Adrian Gaberthüel, Einwohnerrat

Wird der geteerte Weg beim Hochwasserschutz Wigger im Bereich Trinerplatten-Hart-Brücke wieder mit Kies erstellt?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Bei den Verkehrswegen wird der Ursprungzustand wieder hergestellt.

Raphael Lerch, Einwohnerrat

Die für den Winter vorgesehene Entfernung der Ginkobäumen hinter der Schule ist bereits erfolgt. Was ist der Grund?

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Im Winter sind die Ressourcen beim Werkhof geringer. In Absprache wurde die Entfernung dieser Bäume deshalb vorgezogen.

Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident

Der Einwohnerratspräsident verabschiedet Einwohnerrätin Lena Hoffmann und würdigt ihr Mitwirken in der Fraktion und im Einwohnerrat.

Anschliessend bedankt er sich für die engagierte Debatte, weist auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 12. Mai 2025 hin und schliesst die Sitzung um 21:48 Uhr.

Zofingen, 28. April 2025

EINWOHNERRAT ZOFINGEN



Matthias Hostettler
Einwohnerratspräsident



Patrick Siegrist
Einwohnerratssekretär